

Wortprotokoll zu TOP 27, 40 und 61 Öffentliche Sitzung

Hauptausschuss

62. Sitzung
29. Mai 2024

Beginn: 12.04 Uhr
Schluss: 19.31 Uhr
Vorsitz: Stephan Schmidt (CDU)

Wissenschaft, Gesundheit und Pflege – 09

Punkt 27 der Tagesordnung

Bericht SenWGP – I D 1 – vom 25.03.2024
Wenkebachkrankenhaus
(Berichtsauftrag aus der 50. Sitzung vom 15.11.2023)

[1600](#)
Haupt

Vorsitzender Stephan Schmidt: Gibt es hierzu Wortmeldungen? – Herr Dr. Bronson, bitte!

Dr. Hugh Bronson (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Der Bildungscampus ist natürlich schon lange Thema, auch Wahlkampfthema und -versprechen. Man muss sich schon fragen, warum das Leuchtturmprojekt stagniert. Die Ausführungen, die hier gemacht wurden, sind bekannt, nur eben nicht, wie es weitergehen soll, also die Frage: Wird das Projekt nun finanziert oder nicht, und falls ja, mit welchen Mitteln und in welcher Höhe?

Vorsitzender Stephan Schmidt: Frau Kollegin Gebel, bitte!

Silke Gebel (GRÜNE): Ich würde hier im Hauptausschuss gerne hören, was Ihr finanzpolitischer Plan für den Bildungscampus ist. In der Vergangenheit wurde immer gesagt, dass Vivantes nicht geliefert hat. Dann hat Vivantes gesagt, die Senatsverwaltung hat nicht geliefert. Ich glaube, das Pingpong ist des Bildungscampus unwürdig. Ich fände es gut, wenn Sie einmal sagen würden, was der Plan des Bildungscampus ist, insbesondere vor dem Hintergrund: Wir haben gleich noch das Thema Charité-Vivantes. Der Bildungscampus ist einer der Leuchttürme der Zusammenarbeit von Charité und Vivantes. Wenn zwei so große Konzerne gemeinsam ausbilden, dann wächst natürlich auch eine Struktur zusammen, die vorher nicht

so richtig zusammengepasst hat. Das heißt, wenn die beiden großen Berliner Häuser zusammen ausbilden, ist das ja schon eine große Sache. Es gab den großen Streit mit Spandau. Damals hat sich die SPD im Senat ganz groß für Wenckebach entschieden, und jetzt passiert da nichts. Ich habe sogar gehört, dass das gar nicht mehr weiterentwickelt werden soll und erst mal auf Eis liegt und dass die beiden Bildungsstandorte, die es momentan gibt, einfach so beibehalten werden sollen. Deswegen fände ich es wichtig, dass Sie heute mal ein Commitment dazu abgeben, dass Sie den Ausbildungscampus am Standort Wenckebach beibehalten wollen, dass Sie den weiterentwickeln wollen. Franziska Giffey hat an anderer Stelle mal gesagt, dass sie GRW-Mittel organisieren möchte. Ich fände gut, wenn Sie mal den Zeitplan darstellen, was Sie jetzt auch mit diesem Doppelhaushalt vorhaben. Wir als Fraktion haben damals Gelder beantragt. Das hat die Koalition leider nicht mitgetragen, es wurde aber gesagt, Sie kriegen die Gelder auf jeden Fall über Franziska Giffey und die GRW-Mittel. Also wäre es gut, wenn Sie da mit dem ersten Bauabschnitt anfangen.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Frau Kollegin Dr. Schmidt, bitte!

Dr. Manuela Schmidt (LINKE): Auch ich würde sehr gerne unterstützen wollen, dass hier die Planungen von Vivantes fortgesetzt werden, um einfach auch die Option offenzuhalten, dass Wenckebach als Pflege- und Ausbildungscampus weiterentwickelt werden kann, denn wir haben nicht nur den Fachkräftebedarf in der Pflege, wir haben ihn auch im öffentlichen Gesundheitsdienst, wir haben ihn überall. Wir haben uns immer wieder darüber verständigt, dass es nicht nur kurz- und mittelfristige, sondern auch langfristige Modelle braucht, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Von daher ist es natürlich nach wie vor ein erstrebenswertes Modell. Wenn es hier tatsächlich gelingt, ein Modell gemeinsam mit Vivantes zu finden, wäre das natürlich gut. Von daher einfach noch mal ein Petitum dafür, dass wenigstens die Planungsprozesse fortgesetzt werden, um die Motivation aufrechtzuerhalten, dass man hier einen Weg findet, das umzusetzen.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Herr Staatssekretär, bitte schön!

Staatssekretär Dr. Henry Marx (SenWGP): Herr Vorsitzender, mit Ihrer Erlaubnis würde ich die Frage gerne dem Abteilungsleiter der Abteilung Gesundheit, Herrn Franz, abtreten!

Vorsitzender Stephan Schmidt: Sehr gerne, bitte schön!

Helge Franz (SenWGP): Herzlichen Dank für die Frage! Das trifft mich nicht ganz unvorbereitet, ist aber nach wie vor ein schwieriges Thema. Ich kann mich erinnern, dass wir am Anfang im Haushaltsplanaufstellungsverfahren überhaupt keine Finanzierungszahlen hatten und – als der Senatsbeschluss schon da war – zum ersten Mal von Vivantes die Zahl 340 Millionen Euro und ein Zeitstrahl kamen. Ich kann Ihnen zum jetzigen Zeitpunkt sagen, ich finde das Projekt nach wie vor extrem spannend, notwendig und an dem Standort sinnvoll. Ich werde das politisch sicherlich nicht entscheiden. Ich kann Ihnen sagen, dass wir – das sehen Sie selbst, Sie sind ja das Gremium dafür – im Haushalt noch keine Mittel dafür veranschlagt haben, und ich kann Ihnen auch sagen, dass ich außer dem Zeitstrahl und diesen 340 Millionen Euro bisher noch keine weitere Planung von Vivantes gesehen habe. Ich kann Ihnen allerdings aus dem Krankenhausfinanzierungsrecht sagen, dass diese Art von Campus über das Krankenhausförderrecht nicht abzubilden ist, was ein Problem darstellt, weil wir es dann woanders fördern müssen. Andere Förderungen gibt es in verschiedenen Varianten. Bei der 49-

zu-51-Konstellation mit der Charité in der Trägerschaft der BBG muss man halt sehen, wie man das finanziell darstellt. Es wird natürlich auch eine Rolle spielen, ob wir das Ganze in einer Finanzierungssystematik machen können, die möglicherweise über Eigenkapitalzuführungen führt. Dann sind wir in der gleichen Diskussion, die wir im Klageverfahren mit den Freigemeinnützigen haben. Da müssen wir also ein bisschen vorsichtig und sensibel rangehen. Die Planungen gehen weiter, und natürlich besteht die Bereitschaft, das an dem Standort zu machen. Der ist dafür wahrscheinlich auch wie kein anderer im Berliner Stadtgebiet prädestiniert, aber ich kann Ihnen zum heutigen Zeitpunkt nicht sagen, wie wir die Finanzierung eindeutig sicherstellen. Da bedarf es noch der einen oder anderen Vorarbeit, wie sich Vivantes den Standort insgesamt in seinem Fachvermögen vorstellt. – Vielleicht erst mal so viel!

Vorsitzender Stephan Schmidt: Herr Kollege Walter, bitte!

Sebastian Walter (GRÜNE): Ich habe noch ein paar Nachfragen. Das eine ist, meine Kollegin hatte ja gewünscht, ein politisches Statement zu bekommen. Danke, dass Sie als Abteilungsleiter antworten, aber vielleicht kann auch noch mal der Staatssekretär sagen, ob das gesamte Haus dahintersteht, das noch zu realisieren, und was der tatsächliche Stand ist! Das ist mir nicht ganz klar geworden. Sie berichten jetzt quasi über die Finanzierungsfrage, alles Fragen, die man aus meiner Sicht schon hätte klären können, weil wir die Diskussion über den Wenckebach-Campus schon seit Jahren führen. Das ist jetzt ein bisschen überraschend zu hören, Sie wissen noch gar nicht genau, wie das dann gestemmt werden kann und wie das rechtlich funktioniert. Ich hätte erwartet, dass das eigentlich schon gelöst ist.

Letztes Jahr, als die Finanzierung hier im Plenum in der Diskussion war, hat die Koalition signalisiert, was die Planungskosten angeht, um die erste Phase vorzubereiten, dass der Drops noch nicht final gelutscht wäre, ob die 24 Millionen Euro kommen, ja oder nein, und möglicherweise noch etwas im Haushalt käme. Das ist nicht erfolgt. Das heißt, für mich wäre die erste Frage: Nach meinem Kenntnisstand sind 10 Millionen Euro für Planungen im SIWA eingestellt. Werden die in diesem oder im kommenden Jahr tatsächlich verausgabt werden, um diese Planungen voranzutreiben, also werden die Vivantes zur Verfügung gestellt werden, um genau das zu machen? Die zweite Frage ist: Es ist nicht so, dass es überhaupt keine Ansätze gibt, sondern es gibt für die erste Bauphase in der Investitionsplanung Mittel. Ich habe nicht mehr die Höhe im Kopf, aber es ist nur ein Teilbetrag, ich glaube, es waren um die 70 Euro [sic!], gestreckt auf mehrere Jahre. Das heißt, das ist ja schon quasi als Absicht eingestellt. Es wäre für mich die Frage, wenn der nächste Haushalt aufgestellt wird, ob diese Summen dort hinterlegt werden. Wird die gesamte erste Bauphase dort hinterlegt werden? Insbesondere, wenn die Investitionsplanung, die uns nach der Sommerpause erreichen soll – – dann wäre eigentlich der Anspruch, das auch weiter zu hinterlegen. Ich höre heraus, es ist alles nicht geklärt, wir warten weiter ab und schauen, wie weit wir kommen. Das wäre schlecht, weil die konkreten Sachen – – Der nächste konkrete Schritt wäre die Investitionsplanung. Das würde bedeuten, dass man das weiter konkret unterfüttert und nicht nur den ersten Bauabschnitt einträgt, sondern darüber hinaus weitergeht, denn man sieht die Planung, bis 2030 soll noch mehr erfolgen, als nur die erste Bauphase zu machen. Da hätte ich gerne noch eine Information, wie sich das konkret abbildet und wie das weitergehen soll.

Vielleicht können Sie noch etwas zu diesen rechtlichen Fragen oder der Finanzierungssystematik sagen. Ich fände es enttäuschend, wenn heute der Stand ist, wir wissen nicht mehr, als

wir vor drei oder vier Jahren wussten, als klar war, der Campus Wenckebach soll realisiert werden.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Frau Kollegin Gebel, bitte!

Silke Gebel (GRÜNE): Das hätte ich auch gefragt. Daran anknüpfend: Haben Sie eine Projektgruppe Fachkräftemangel/Ausbildung/Wenckebach bei sich im Haus? Ich sage mal so, wir steuern auf den demografischen Wandel zu, und ich erwarte eigentlich, dass das Land Berlin und die Verwaltung versuchen, dafür Sorge zu tragen und einen Rahmen zu setzen, in diesem Bereich Pflegekraft, wo Karl Lauterbach diese Woche gesagt hat, es wird alles noch dramatischer, als wir uns überhaupt hätten vorstellen können. Der Bildungscampus war immer ein Baustein, und deswegen wurde das auch so hoch gehängt. Das heißt, ich erwarte eigentlich, dass das Land Berlin, das steht auch im Koalitionsvertrag, eine Arbeitsgruppe bei der einschlägigen Fachverwaltung hat. Dadurch, dass die Finanzverwaltung bei Vivantes und der Charité auch in den Aufsichtsräten sitzt, erwarte ich da ebenfalls eine Begleitung, um so ein großes Projekt zu steuern. Da finde ich es ein bisschen seltsam, wenn dann gesagt wird, aber Vivantes hat uns ja nur eine Powerpointpräsentation – – In Klammern, die kennen Sie schon seit einem Jahr, weil wir die nämlich im Gesundheitsausschuss aufgerufen haben. Es kann aber nicht sein, dass ein Gesundheitsausschuss dafür Rechnung trägt, dass sie eine Powerpointpräsentation geben. Deswegen frage ich Sie: Warum haben Sie keine Arbeits- oder Projektgruppe, wie auch immer Sie das in der Verwaltung aufsetzen, die den Bildungscampus begleitet? Wenn Sie die nicht haben, heißt das ja offensichtlich, dass Ihnen das nicht wichtig ist.

Zweiter Punkt: Mich würde mal interessieren, ob die GRW-Mittel bereits beantragt wurden. Vielleicht können Sie oder die Finanzverwaltung das beantworten. Die stehen zumindest in der Powerpointpräsentation von Vivantes, und die müssen ja flankierend zu den von Herrn Walter benannten Geldern eingestellt sein, damit man überhaupt auf die Finanzierung kommt. Wir haben momentan eine sehr schwierige Ausgangssituation finanzieller Natur, aber wenn wir die Fachkräfte nicht ausgebildet bekommen, dann haben wir ein noch größeres Problem nach hinten hinaus, also muss man da ja eine Prioritätensetzung herbeiführen.

Dritter Punkt: Momentan gibt es dort noch eine Nutzung für den Klinikbetrieb, Fachabteilung Geriatrie, Psychiatrie und Psychotherapie sowie Hospiz, und eine gynäkologische Praxis. Das soll aber eigentlich alles komplett zum AVK gezogen werden. Jetzt gibt es aber, wie ich höre, auch Debatten, dass der Psychiatriebetrieb dort weitergehen soll. Da würde mich mal interessieren, ob Sie das vorhaben, weil das natürlich auch, sage ich mal, in eine Konkurrenzsituation mit dem Bildungscampus führt. Wenn Sie das aber länger weiterführen wollen, dann bedeutet das, dass der Bildungscampus weiter nach hinten geschoben wird. Ich fände es gut, wenn das transparent gemacht wird. Ich kann mir nicht vorstellen, dass Sie das nicht wissen, weil Sie ja am 9. Juli im Aufsichtsrat von Vivantes über das Sanierungskonzept von Vivantes sprechen und da über alle Standorte reden werden, wie wir gelernt haben. Deswegen, finde ich, kann auch die Finanzverwaltung etwas dazu sagen, denn die Frage, wie der Bildungscampus weiterentwickelt wird, ist eine sehr relevante Standortfrage für Vivantes. – Vielen Dank!

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank, Frau Kollegin! – Dann zur Beantwortung, Herr Staatssekretär, bitte!

Staatssekretär Dr. Henry Marx (SenWGP): Vielen Dank an die beiden Abgeordneten für die zahlreichen Fragen! Ich versuche, sie so gut wie möglich zu beantworten. Zunächst einmal: Selbstverständlich steht das politische Commitment. Dass es manchmal Probleme bei der Umsetzung gibt, die auch häufig rechtlicher Natur sind, heißt nicht, dass das Commitment nicht da wäre. Wir bearbeiten dieses Thema als Querschnittsaufgabe zwischen den Abteilungen I und II und haben sehr viele Mitarbeiter bei uns im Haus, die da großes Engagement hineinlegen. Von daher würde ich mich freuen, wenn dieses Engagement gewürdigt und nicht abgesprochen wird.

Was die Beratung über die Mittel des nächsten Doppelhaushalts betrifft, freue ich mich auf die Beratung, wenn sie ansteht. Das können wir dann, glaube ich, alle gemeinsam wesentlich besser beurteilen, ob diese Mittel dann im nächsten Doppelhaushalt stehen werden. Ich denke, das ist jetzt noch nicht vorhersehbar, ob das so sein wird oder nicht. – Zur Verausgabung der SIWA-Mittel hatte der Abteilungsleiter, glaube ich, gerade noch etwas gesagt. Ob der Abteilungsleiter fachlich noch etwas ergänzen möchte oder nicht, das weiß ich nicht, da gucke ich einfach mal. – Das kann er, das glaube ich sofort.

Helge Franz (SenWGP): Das kann der Abteilungsleiter gerne machen.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Bitte schön!

Helge Franz (SenWGP): Ich freue mich nicht, wenn ich immer nur mit schlechten Nachrichten komme oder mit Nachrichten, die Ihnen offensichtlich nicht ausreichen, was ich ein Stück weit auch verstehen kann. Aber Sie haben ja noch nach einzelnen rechtlichen Fragestellungen gefragt. Im SIWA sind tatsächlich 10 Millionen etatisiert, aber Sie wissen auch, SIWA ist ein Formgesetz und damit fördermittelfeindlich, das heißt, ich kann SIWA immer nur in der Kombination mit Eigenkapital machen und nie mit anderen Förderprodukten, weil es sonst nicht funktioniert. So steht es im SIWANA-Errichtungsgesetz. Das heißt, ich muss genau schauen, was ich wo absplitten kann. Dann sind wir schon wieder in der Fördermittelsystematik. Insofern sind die SIWA-Mittel da, ja. Wie wir sie ausreichen, weiß ich nicht.

Die GRW-Mittel müsste der Träger selbst beantragen. Die werden nicht vom Senat oder von der Senatsverwaltung beantragt, sondern die werden vom Krankenhausträger beantragt, wenn sie ausgereicht werden müssen. Ich gehe davon aus, dass dann auch dafür eine Gesamtkostenzusage für die Errichtung notwendig ist. Das kann ich Ihnen aber jetzt in dem Moment nicht sagen.

Was die Fachkräftegeschichte oder die Perspektive für den Standort Wenckebach betrifft, war schon beim Umzug zum AVK klar, dass das Ganze nicht in einem Schwung passieren wird, sondern dass wesentliche Teile oder einige Teile noch da bleiben. In erster Linie sind das die Geriatrie und die Psychiatrie, die im Umfang noch über 100 Betten darstellen, also das ist kein kleiner Teil des Wenckebach-Krankenhauses. Es reden immer alle davon, Wenckebach ist umgezogen, ein großer Teil des Wenckebach-Krankenhauses ist noch am alten Standort und wird auch noch eine Weile da bleiben. Die Geriatrie wird sicherlich als Erste gehen, weil sie am AVK besser in die Somatik integriert werden kann. Für die Psychiatrie wird es möglicherweise wegen Vorarbeiten am Standort AVK noch ein bisschen länger dauern. Das muss man aber in die Gesamtplanung des Standorts und des Campus mit einbeziehen.

Die Sanierungskonzepte oder so – Sie haben es selbst angesprochen, Frau Abgeordnete, am 9. Juli ist eine Sitzung des Aufsichtsrats von Vivantes, und Sie werden verstehen, ich bin nicht Aufsichtsratsmitglied und die persönliche Haftung der Senatorin ist da als Aufsichtsratsmitglied betroffen, da werde ich jetzt zu diesem Zeitpunkt sicherlich zu Vorarbeiten oder Unterlagen keinerlei Auskunft geben können.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Frau Kollegin Gebel, bitte!

Silke Gebel (GRÜNE): Vielen Dank! – Ich glaube, wir würden auf jeden Fall noch mal Anschlussfragen zum Bericht stellen. Ich glaube sehr, dass die Verwaltung sehr engagiert an dem Thema dran ist, es ist nur so, seit zwölf Monaten wird mir sagt, Vivantes muss was liefern, und Vivantes sagt, die Verwaltung muss was liefern. Deswegen war ja meine Frage, ob es eine Projektgruppe gibt, die das steuert und bei Vivantes die Dinge einfordert, damit man sagt, wir wollen dieses Jahr loslegen, wir brauchen das und das, jetzt geht es weiter, ihr müsst den GRW-Antrag stellen und so weiter. Ich habe jetzt vernommen, dass das offensichtlich nicht passiert. Mich würde interessieren, warum, aber ich kann das auch gerne noch mal schriftlich einreichen.

Ich würde gerne wissen, was der potenzielle Zeitplan ist, den Sie planen, und wie der Zeitplan ist, wann die Geriatrie und die Psychiatrie rausgehen und so weiter. Aber wir würden das auf jeden Fall, das kann ich schon mal ankündigen, in vier Wochen haben wir das Thema im Gesundheitsausschuss mit Herrn Danckert, da wird das auf jeden Fall auch ein Thema sein, da wird das definitiv noch mal aufgesetzt, gemeinsam mit dem Urban-Krankenhaus und so weiter, aber wir würden auf jeden Fall hier noch mal Folgefragen stellen, denn ich habe es jetzt so verstanden, dass Sie diese SIWA-Mittel, die eingestellt sind, erst mal nicht ausgeben werden, dass das Projekt erst mal auf Eis liegt und gerade nicht weiterentwickelt wird. Also es gibt keinen Realisierungszeitraum, den ich heute genannt bekommen habe. Sie haben nicht sagen können, wann das Projekt startet und wann es abgeschlossen wird. Das bedeutet, dass der Wenckebach-Campus erst mal nicht in der Realisierungsphase ist. Vielleicht können Sie die letzte Frage noch beantworten: Würden Sie damit sagen, das Projekt ist erst mal tot?

Vorsitzender Stephan Schmidt: Da werden die Fragen noch ausformuliert, bis Freitag 12 Uhr. – Herr Kollege Walter, bitte schön!

Sebastian Walter (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Meine Frage zur I-Planung ist, glaube ich, noch offen. Vielleicht können Sie dazu noch etwas sagen. – Das Zweite ist: Wenn ich jetzt verstehe, die 10 Millionen im SIWA stehen nicht zur Verfügung für die Planung, die Vivantes angegeben hat, wo sie 24 Millionen Euro im kommenden Jahr brauchen würden, um dann loszulegen, bedeutet das dann in der Tat die Konsequenz, Frau Gebel hat es gerade gesagt, dass quasi das Ding im Moment auf Eis liegt, oder gibt es konkrete Planungen, also bauvorbereitende Planungen, die notwendig wären und jetzt vorangetrieben werden?

Vorsitzender Stephan Schmidt: Abschließend Herr Staatssekretär, bitte schön!

Staatssekretär Dr. Henry Marx (SenWGP): Sehr geehrter Herr Vorsitzender, vielen Dank! – Sehr geehrter Herr Abgeordneter, danke für die Frage! Ich hatte Ihre Frage vorhin so aufgefasst, dass Sie nach der I-Planung im nächsten Doppelhaushalt gefragt hatten. Da wer-

den wir die Mittel anmelden, von denen wir hoffen, dass wir sie verausgaben können und verbrauchen werden. Das werden wir dann aber sehen, wie es in der I-Planung stehen wird. Ich kann Ihnen jetzt noch nichts über die künftige I-Planung sagen. Das war meine Antwort. Ich kann nicht sagen, ob es darin stehen wird. Das ist auch einfach eine Sache, die am Ende des Tages Teil von Verhandlungen ist. – Nein, das Projekt ist nicht tot, wir arbeiten selbstverständlich nach wie vor daran. Alle anderen Fragen beantworten wir dann gerne, wenn die schriftlichen Fragen da sind.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank! – Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann ist der Bericht zur Kenntnis genommen.

Bildung, Jugend und Familie – 10

Punkt 40 der Tagesordnung

Bericht SenBJF – II E 5.1 – vom 28.03.2024

[1571 A](#)

**Konzept des Landesinstituts für Aus-, Fort- und
Weiterbildung mit Zeitplan**

Haupt

(Berichtsauftrag aus der 49. Sitzung vom 10.11.2023)

Vorsitzender Stephan Schmidt: Frau Kollegin Gebel, bitte!

Silke Gebel (GRÜNE): Vielen Dank! – Es ist eine interessante Vorlage. Ich habe mich gefragt, wo die Vorlage mit dem Grundstück ist. Es ist schön, dass Sie über das Konzept sprechen, und ich glaube, dass in diesem Konzept hinten auch steht, dass Sie planen, dass Sie vor der Sommerpause im Hauptausschuss eine Freigabe für die Liegenschaft, für den Mietvertrag bekommen. Ich suche es gerade, aber es steht relativ weit hinten. Deswegen fände ich es gut, wenn Sie etwas zum weiteren Zeitplan sagen, denn soweit ich weiß, haben wir noch zwei Hauptausschusssitzungen. Deswegen hätte ich damit gerechnet, dass die Vorlage vom letzten Mal heute drauf ist. Vielleicht können Sie ja mal sagen, woran das bislang gescheitert ist und ob die Vorlage dann nächstes Mal kommt. Wenn die Vorlage vor der Sommerpause nicht kommt, was bedeutet das dann für das Institut, also was ist dann mit den Mitarbeitenden, wenn die keine Liegenschaft haben? Was ist mit dem Umzug, also können sie zum 1. Januar starten, oder andersherum gefragt, wie viel Vorlauf brauchen Sie, damit sie am 1. Januar starten können?

Die Leute, die da arbeiten, sitzen jetzt wahrscheinlich – und da bin ich fachlich zu wenig drin, deswegen wäre ich sehr dankbar, das zu wissen – in dieser Liegenschaft, die wir mit Brandenburg zusammen hatten. Ich stelle mir das jetzt mal so vor: Es gibt dieses Institut Berlin-Brandenburg. Die Senatsverwaltung hat sich dafür entschieden, dass Berlin den Weg allein geht. Das heißt, man hat einen Teil der Leute für Berlin herausbekommen, 40 zu 60 oder wie auch immer, und die Berliner Leute müssen dann dort raus, aber die haben eigentlich noch den brandenburgischen Arbeitsplatz, oder was ist mit denen? Vielleicht können Sie mal erzählen, was so der Prozess ist, wie das weiter funktionieren soll und was für Zeitpläne Sie brauchen.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Frau Kollegin Klein, bitte!

Hendrikje Klein (LINKE): Ich schließe mich den Fragen an. Ich kann mir vorstellen, dass die Übergangszeit aufgrund des Zeitdrucks schwierig, sportlich oder wie auch immer wird, und stelle die Frage, mit welchen Schwierigkeiten Sie denn in der Übergangszeit rechnen, also selbst wenn der Zeitplan zum 1. Januar jetzt noch funktioniert, kann ich mir nicht vorstellen, dass es komplett reibungslos läuft, sondern mit welchen Einschränkungen muss erst mal gerechnet werden? Dann noch eine Spezialfrage: Werden eigentlich unbesetzte Stellen zum Landesinstitut verschoben, oder ist das aktive Personal, das mit rübergehen soll?

Vorsitzender Stephan Schmidt: Frau Kollegin Gebel!

Silke Gebel (GRÜNE): Ich habe etwas vergessen, und zwar erstens: Ich würde gerne für diesen TOP ein Wortprotokoll beantragen. – Und zweitens: Jetzt habe ich den Zeitplan wiedergefunden, da steht, im Q 1 wollten Sie die Ausschreibung der Leitungsstelle vorbereiten, der Entwurf des Mietvertrags liegt vor und so weiter. Also mich würde mal interessieren, was Sie jetzt von den Meilensteinen, die Sie im Q 1 und Q 2 erreichen sollten, noch offen ist.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Gut, dann wird ein Wortprotokoll zu diesem Tagesordnungspunkt angefertigt. – Zur Beantwortung, Herr Staatssekretär Dr. Kühne, bitte schön!

Staatssekretär Dr. Torsten Kühne (SenBJF): Genau! Herzlichen Dank! – Ich würde erst mal bei dieser Vorlage bleiben, denn wir gehen davon aus, wir sind ja in sehr konstruktiven Gesprächen mit der Senatsverwaltung für Finanzen, dass wir mit der Anmietungsvorlage, die in der Tat schon mal auf der Tagesordnung war und vertagt wurde, wie das immer so ist, auch bei größeren Anmietungssachen gibt es am Ende immer noch mal die eine oder andere Frage, die noch finalisiert geklärt werden muss, aber wir gehen davon aus, dass wir da vor der Sommerpause dann noch mal mit der Vorlage kommen werden, wenn auch noch die allerletzten Fragen entsprechend geklärt sind, aber es geht ja durchaus um größere Summen, da ist es auch gut und richtig, dass man alles noch mal im Detail prüft.

Nun noch mal zur Konzeption, wie es auch hier steht: Ja, wir haben jetzt auch Flächen, die wir in Ludwigsfelde im LISUM gemeinsam mit Brandenburg nutzen, aber das ist nur ein Teil der jetzigen Standorte für die Fort-, Weiter- und Ausbildung. Wir haben auch sehr viele dezentrale Standorte, und davon soll ein Großteil und flächenmäßig auch der größere Teil dann im neuen Landesinstitut mit aufgehen. Wir reden da, wenn es sich mit dem neuen Standort konkretisieren sollte, wovon wir jetzt ausgehen, über eine Größenordnung von 17 000 Quadratmetern. Das jetzige LISUM hat knapp 5 400 Quadratmeter, und die anderen Flächen, denn es kommen keine Flächen dazu, kommen von den dezentralen Standorten. Die dezentralen Standorte sind eben die vielen Standorte, wo wir unsere schulpraktischen Seminare und die regionale Fortbildung haben. Da wollen wir im Sinne einer effektiveren Fort-, Weiter- und Ausbildung eben Dinge konzentrieren, z. B. allein unser Medienforum in der Levetzowstraße mit 4 000 Quadratmetern. Ich will damit sagen, wir arbeiten.

Es ist ein sehr ambitionierter Zeitplan, er war es auch schon vorher. Insofern haben wir aber auch dezentrale Flächen in Berlin, sodass sowieso geplant war, es wird ein schrittweiser Transformationsprozess. Also es war jetzt nie geplant, am 1. Januar habe ich komplett alle Flächen schon tipptopp mit IT-Anbindung und so weiter, sondern die dezentralen Standorte sollen schrittweise überführt werden, Medienforum, schulpraktische Seminare et cetera, dann für diese dezentralen Standorte Nachfolgenutzungen, denn teilweise sind das Standorte und Flächen, die in ehemaligen oder aktuellen Schulstandorten sind, die man dann auch wunderbar schulisch nachnutzen kann. Aber das ist nicht ein Umzug, das sind mehrere Teilumzüge. Insofern ist das sowieso als Transformationsprozess über eine längere Zeit entsprechend angedacht. Natürlich: Je näher wir zeitlich in Richtung Januar 2025 kommen, umso herausfordernder wird es, aber wie gesagt, in diesem Prozess sind wir. – Ich bitte Herrn Duveneck, noch zu den personellen Dingen und zum Ausschreibungsprozess zu ergänzen.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Bitte schön!

Thomas Duveneck (SenBJF): Danke, Herr Vorsitzender! – Frau Gebel! Es ist ja so, im LISUM finanziert das Land Berlin bis zum 31. Dezember noch 35 Stellen, aber das sind nicht Berlinerinnen und Berliner, sondern das waren vielleicht mal im Land Berlin tätige Personen, aber mit der Gründung des LISUM vor geraumer Zeit sind die in den Landesdienst Brandenburgs übergegangen, das heißt, wir finanzieren, da ist jetzt also keiner, der hierher kommt, auch wenn er hier wohnt, und untergebracht werden müsste. Im gleichen Umfang finanzieren wir – natürlich, jedes Land tut das derzeit – noch mal für Dienste am anderen Ort, also Pädagoginnen und Pädagogen aus der Praxis, die beispielsweise Aufgaben für mittleren Schulabschluss, Abitur und so etwas entwickeln. Das sind also Menschen, die sonst überwiegend in Schulen sitzen.

Besetzte/unbesetzte Stellen: Da ein Großteil des Landesinstituts durch, wie wir ja wollen, eine phasenübergreifende, kohärente Konzeption in diesem Landesinstitut sein soll, greifen wir natürlich auf die vorhandenen Institutionen, die wir erst mal haben, zurück. Da gibt es Menschen. Die iMINT-Akademie betreibt Qualifizierung von pädagogischem Personal, und zwar nicht nur der Lehrerinnen und Lehrer, sondern auch von anderem pädagogischen Personal. Das Zentrum für Sprachbildung, letztlich alles bei uns im Haus angesiedelt, betreibt Qualifizierung und stellt Unterrichtsmaterialien für Schulen zur Verfügung, für Willkommensklassen und andere mehr. All die muss man zusammen denken, und die sollen dann eben auch in einem gemeinsamen Gebäude, das auf diese pädagogischen Anforderungen ausgerichtet ist, zusammen sein. Eine freie und unbesetzte Stelle gibt es, die auch etatisiert ist, nämlich die Leitung des Landesinstituts. Die ist in den Haushalt aufgenommen worden. Dort sind wir im Zeitplan, den Sie zitiert haben, der auch in der Vorlage enthalten ist. Wir werden in diesem Quartal zügig in die Ausschreibung gehen und hoffen, dass wir noch vor Aufnahme des Betriebs am 3. Januar 2025 den Posten der Direktorin bzw. des Direktors besetzen können.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Frau Kollegin Klein, bitte!

Hendrikje Klein (LINKE): Ich frage noch mal ganz konkret: Rechnen Sie denn mit Einschränkungen in der Übergangsphase? Es wirkt ein bisschen so, dass das bei den dezentralen Standorten erst mal weitergeht, weil das Personal und die Räume vorhanden sind, das kann ich auch sehr gut nachvollziehen, aber dass es bei dem eigentlichen Umzug durchaus zu Einschränkungen kommen könnte. Welche könnten das sein und in welchem Zeitraum? – Dann habe ich noch nicht ganz verstanden: Kommen denn von den 35 finanzierten Stellen alle mit nach Berlin? Die bleiben da? Das heißt, dass wahrscheinlich auch relativ wichtige 35 Menschen erst mal fehlen. Werden die auch schon ausgeschrieben? 35 Leute muss man in dem Bereich erst mal finden.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Frau Kollegin Gebel, bitte schön!

Silke Gebel (GRÜNE): Da hätte ich auch gerne angeknüpft, ich habe nämlich Ihre Antwort so verstanden, dass die 35 Leute, die wir an den Landesdienst Brandenburg abgegeben haben und nur finanzieren, da auch bleiben und wir Geld in Höhe von 35 Vollzeitäquivalenten kriegen. – Sie nicken. Ich habe weiter verstanden, dass Ihr Konzept ist, dass Sie die bestehenden Weiterbildungseinrichtungen des Landes Berlin, die Sie zum Teil ausgeführt haben und die auch in diesem Konzept stehen, sozusagen in einem Gebäude zusammenziehen. Diese Einrichtungen sind wahrscheinlich auch personell untersetzt. Vielleicht können Sie mal sagen, wie viel das dann insgesamt am Ende ist. Und diese Leute sitzen dann räumlich in diesem

Gebäude, das Sie noch nicht angemietet haben, das Sie dann anmieten werden, und machen dort gemeinsam mit den Seminarleitungen diese Weiterbildung. So habe ich das verstanden, vielleicht können Sie es ja noch mal näher erläutern, aber vielleicht ist das ja auch Kern der inhaltlichen Auseinandersetzung in der Koalition.

Auf jeden Fall haben Sie gesagt, es werden Liegenschaften frei, weil Sie momentan ganz viele dezentrale Einrichtungen haben. Ich nehme an, das ist dann so dieses iMINT-Institut oder so, und das kommt dann in diese zentrale Liegenschaft. Haben die denn schon ihre Verträge gekündigt? Denn die sitzen ja in Liegenschaften, und wenn die zusammengezogen werden und wir einen Vorlauf von sechs Monaten haben, weil das am 1. Januar alles zusammen gehen soll, wäre es ja ziemlich blöd, wenn wir doppelt Miete zahlen würden, weil ich jetzt mal vermute, dass wir als Land Berlin für die dezentralen Liegenschaften die Miete zahlen, die haben ja wahrscheinlich nicht selbst so viel Geld, und wenn wir die dann in diese andere zentrale Liegenschaft ziehen und da auch Miete zahlen, dann wäre es ja schlau, dass man das irgendwie auseinanderzieht, wenn die in einer externen Liegenschaft sind. Deswegen würde ich gerne wissen, ob Sie bei diesen vielen Dezentralen – und ich habe das in der alten Vorlage, die wir letztes Mal auf der Tagesordnung hatten und die dann auf den Sankt-Nimmerleins-Tag vertagt wurde, gesehen, dass es relativ viele waren – schon gekündigt haben. Das wäre die erste Frage.

Dann wäre meine zweite Frage, ob das Land Vermieter ist oder ob das Private sind, denn ich habe mich gefragt, wenn da so viel Raum frei wird, freut sich die Senatsverwaltung für Finanzen dann bestimmt einen Kullerkeks, dass sie so viele Liegenschaften bekommt, wo wir dann irgendwas unterbringen können. Zumindest als wir hier noch regiert haben, aber es mag sein, dass das jetzt anders ist, hatten wir immer Schwierigkeiten, öffentliche Liegenschaften zu haben, wo wir Verwaltungen oder sonst was unterbringen. Deswegen: Wird da was frei, oder sind das alles Private, oder haben Sie da Nachnutzungskonzepte?

Sie haben nicht beantwortet, was Sie machen, wenn Sie am 1. Januar diese andere Liegenschaft nicht haben. Sie haben gesagt, das ist eine Sache der hohen Summen, warum das noch nicht entschieden ist. Ich habe gefragt: Warum ist die Vorlage nicht auf der Tagesordnung? Denn Sie brauchen eigentlich die Genehmigung für den Mietvertrag, und wenn Sie die nicht haben, und Sie haben nur noch vier Wochen Zeit, um die zu bekommen, dann haben Sie vor der Sommerpause keinen Mietvertrag, und dann sind Sie im September, und das ist ja dann ein bisschen blöd. Deswegen habe ich gefragt: Warum haben Sie den noch nicht? Warum steht das hier nicht auf der Tagesordnung? – Dann haben Sie gesagt, wegen der hohen Summen. Deswegen fände ich gut, wenn Sie das noch mal sagen. – [Zuruf] – Aha! Sie können sich auch gerne zu Wort melden und mir die Frage beantworten, der PGF der CDU-Fraktion möchte vielleicht gerne was sagen, warum die Vorlage heute nicht drauf ist, und vielleicht können Sie mal sagen, über welches Geld Sie sich streiten.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Jetzt ist, glaube ich, die Zeit gekommen, dass der Staatssekretär antwortet. – Bitte schön!

Staatssekretär Dr. Torsten Kühne (SenBJF): Genau! Herzlichen Dank! – Dann möchte ich doch noch mal für Aufklärung sorgen. Also ich habe gesagt, dass noch letzte Fragen zu klären sind, weil Mietverträge und Grundstückssachen hochformal sind mit Notar und so weiter, und ich habe nur gesagt, angesichts der großen Summen sollten diese Fragen sauber geklärt wer-

den. Ich habe nicht gesagt, dass es vorwiegend an der Größe der Summen liegt, sondern dass hier natürlich Sorgfalt walten muss.

Dann noch mal zur Erläuterung: Wir haben diese dezentralen Standorte, die grundsätzlich, ich habe jetzt nicht alle im Kopf, in landes- oder – genauer – bezirkseigenen Immobilien sind, weil wir ja aus einer anderen Tradition kommen. Wir hatten mal, ich weiß, daran kann man sich heute nicht mehr erinnern, leer stehende Schulgebäude, die dann eben nachgenutzt wurden von solchen Außenstellen, wo schulpraktische Seminare, regionale Fortbildungen, teilweise auch noch die Außenstellen der Schulaufsicht oder SIBUZ in ehemaligen oder aktuellen Schulgebäuden sind. Durch die Konzentration, die fachlich-inhaltlich sehr sinnvoll ist – – Das ist ja ein Ergebnis der Köller-Kommission mit der ganz klaren Empfehlung, das in einem eigenen Landesinstitut in Berlin zu konzentrieren. Das ist der fachliche Input. Insofern ist es natürlich schon besser, wenn sie dann auch räumlich zusammensitzen. Je länger es im Hinblick auf die ambitionierte Zeitschiene dauert, umso länger ist die jetzige nicht optimale Situation, die besteht dann erst mal weiter. Durch die Konzentration gibt es die Möglichkeit, an bezirklichen Schulstandorten zusätzliche Kapazitäten für die schulische Nutzung zu generieren. Ich meine, wir haben ja noch ein paar Regionen, wo auch Wartelisten abgebaut werden müssen, also das sind Win-win-Situationen.

Bei diesen Nutzungen von bezirklichen Liegenschaften zahlen wir zwar auch eine Miete an den Bezirk, aber natürlich ist das ein Inhousegeschäft, sage ich jetzt mal so. Natürlich muss es in dem Moment, wo wir es freiziehen, mit einer gewissen Vorlaufzeit den Bezirken mitgeteilt werden, dass die Flächen dann eben nicht mehr durch uns genutzt werden. Deshalb erarbeiten wir gemeinsam diese Nachnutzungskonzepte, denn natürlich können wir es uns in der jetzigen Situation nicht leisten, dass irgendwelche Flächen dann ungenutzt sind. Insofern also hier die Konzentration! – Dann zu den personellen Fragen noch mal Herr Duveneck!

Vorsitzender Stephan Schmidt: Bitte schön!

Thomas Duveneck (SenBJF): Vielen Dank! – Gerne noch einmal: Das haben Sie richtig verstanden, wir finanzieren Personen, die im Landesinstitut Berlin-Brandenburg mit Sitz Struveshof/Ludwigfelde arbeiten. Deswegen sind das letztlich brandenburgische Bedienstete, auch wenn sie, was ich sagte, vielleicht mal früher in Berlin gearbeitet haben. Wir hatten ja als Vorläufer auch mal ein eigenes Landesinstitut vor dem LISUM, und natürlich gibt es da heute noch Personen. Diese Aufgaben fallen jetzt aber nicht ins Nichts hinein, wenn Sie so wollen, sondern parallel ist es ja so gewesen, dass wir seit dem Kündigungszeitpunkt an der sogenannten Entflechtung gesessen haben, nämlich uns die Aufgaben zwischen Berlin und Brandenburg, die im Landesinstitut wahrgenommen werden, genau anzuschauen: Welche dürfen auf keinen Fall am 1. Januar 2025 gefährdet sein?

Darüber haben Senatorin Günther-Wünsch und Minister Freiberg am 9. April eine neue Kooperationsvereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen Berlin und Brandenburg im Bildungsbereich geschlossen. Wir wollen nämlich künftig weiterhin gemeinsam Rahmenlehrpläne machen. Wir wollen künftig weiterhin den Bildungsserver mit Informationen für die Lehrerinnen und Lehrer und für den Steuerungsbereich betreiben und anderes mehr. Vor allem mussten wir sicherstellen, was mit den Prüfungen ist, denn die Aufgaben wurden unter Federführung des gemeinsamen Landesinstituts Berlin-Brandenburg entwickelt. Für das kommende Schuljahr 2025/26 ist das noch sichergestellt. Danach müssen wir aber über unser eigenes

Landesinstitut eigene Aufgabenentwickler finden. All das finden Sie in dieser Kooperationsvereinbarung, die wir kommuniziert haben und die auch zu finden ist. Das ist dieser Prozess, damit man nicht denkt, das fällt jetzt ins Nichts.

Das andere ist eine fachlich-inhaltliche Diskussion, bei der ich mich jetzt erst mal zurückhalte. Morgen ist der Schulgesetzentwurf im Bildungsausschuss, wo die entsprechende Vorschrift über das LISUM im Schulgesetz mit den entsprechenden Aufgabenstellungen geändert werden muss. Da kann es fachlich noch mal Gelegenheit geben, sich auszutauschen. Nur so weit: Man darf nicht die Vorstellung haben, uns geht es nur darum, diese Institution wie Seminarleitungen mit unveränderter Aufgabenstellung unter ein anderes Dach zu bringen. Nein, wir brauchen eine grundsätzlich neue Ausrichtung an den Herausforderungen, die spezifisch im Land Berlin herrschen. Darum geht es in dem konzeptionellen Vorschlag, den wir in diesem Bericht schon skizziert haben, der dem Hauptausschuss vorliegt. – Vielen Dank!

Vorsitzender Stephan Schmidt: Frau Kollegin Gebel, bitte schön!

Silke Gebel (GRÜNE): Ich verstehe, dass Sie meiner Frage zu diesem Mietvertrag immer ein bisschen ausweichen, aber wir werden ja vielleicht irgendwann noch in dieser Legislaturperiode darüber sprechen. Ich habe aber noch mal die Frage, ob die Liegenschaft, die Sie mieten wollen, von einem privaten oder öffentlichen Vermieter ist und wie lange die Option besteht, dort einen Mietvertrag zu unterschreiben. Also kann es auch sein, dass sich die Option durch Verschieben einfach zerschlägt? Denn so viele Liegenschaften, die sich dafür eignen, gibt es wahrscheinlich auch nicht im Land Berlin – oder?

Vorsitzender Stephan Schmidt: Frau Kollegin Klein, bitte!

Hendrikje Klein (LINKE): Ich weiß nicht, vielleicht habe ich gerade irgendwas verpasst, aber zu den Einschränkungen, mit denen Sie rechnen, haben Sie, glaube ich, nichts gesagt – oder? Ich stelle die Frage jetzt zum dritten Mal. Das nervt ein bisschen.

Noch mal, ich will es halt verstehen: Die 35 finanzierten Menschen, die in Brandenburg arbeiten, also Stellen, durch Teilzeit sind es mehr Menschen, okay, 35 Vollzeitäquivalente, dann machen wir das so, kommen alle nicht nach Berlin. Wie wollen Sie es schaffen – – Das war ja meine Frage: Kommen die? Ist das schon klar? Und inwiefern werden dann die Lücken mit Ausschreibungen gefüllt? Haben Sie dafür schon einen Plan? – Mir ist klar, dass das alles sehr ambitioniert ist, aus Gründen in den letzten Jahren, Köller-Kommission und dann dieser kurze Zeitslot: Kündigen wir nun Brandenburg oder nicht? Denn sonst wäre es um Jahre weitergegangen und so weiter. Aber wir kommen jetzt wirklich in die Bredouille. Mir ist nicht so richtig klar, wie die Übergangszeit nun gestaltet wird. Vielleicht wäre es doch am besten, dass Sie uns das noch mal schriftlich darstellen. Wir haben jetzt das Zielbild. Wir wissen, dass was zum 1. Januar angemietet werden soll. Die Vorlage soll noch vor der Sommerpause kommen. Wir haben jetzt aber mehrfach gehört, dass es doch eine Übergangszeit gibt, auch aus nachvollziehbaren Gründen, aber wie sich das darstellt, ist für mich noch ein relatives Durcheinander. Vielleicht können Sie uns das noch mal kurz und knapp schriftlich darstellen.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Herr Staatssekretär, bitte schön! Der Vorschlag der schriftlichen Beantwortung klingt recht zielführend.

Staatssekretär Dr. Torsten Kühne (SenBJF): Also erstens, weil nach der Anmietungsvorlage gefragt wird, da gucke ich mal rüber, denn Anmietungsunterlagen kommen ja von der Senatsverwaltung für Finanzen, wobei Grundstücksgeschäfte wie immer vertraulich sind.

Zu Ihrer Frage der Einschränkung: Wir haben jetzt die Situation, einmal das LISUM in Ludwigfelde, dann sehr viele dezentrale Standorte – eine, deshalb auch die Empfehlung der Köller-Kommission, vorsichtig formuliert, nicht optimale Situation. Zum 1. Januar oder 31. Dezember stehen die Flächen in Brandenburg nicht mehr zur Verfügung. Deshalb ist es ein sehr ambitionierter Zeitplan. Natürlich gibt es dann an der einen oder anderen Stelle eine Einschränkung wie bei jedem Umzug. Umzüge sind immer mit Einschränkungen verbunden. Insofern arbeiten wir, und das ist unser Hauptfokus, anstatt uns über andere Alternativen groß Gedanken zu machen, an der Umsetzung dieser jetzigen Konzeption, eben dann auch an der entsprechenden Anmietungsmöglichkeit, damit wir so schnell wie möglich Planungssicherheit haben.

Ich würde vorschlagen, denn wir gehen ja davon aus, vor der Sommerpause mit der anderen Vorlage zu kommen, dass ich mich in dem Zusammenhang, wenn die Vorlage aufgerufen wird, darauf vorbereite, den Transformationsprozess genauer zu erläutern, denn dann wissen wir es auch konkreter, wie so ein Transformationszeitplan aussieht. – Habe ich jetzt eine Frage vergessen? – Sonst würde ich SenFin bitten zu ergänzen.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Herr Staatssekretär Schyrocki, bitte schön!

Staatssekretär Wolfgang Schyrocki (SenFin): Mein Kollege Dr. Kühne hat das schon richtig ausgeführt. Wir gehen davon aus, dass die Anmietungsvorlage den Hauptausschuss wieder ziemlich kurzfristig erreicht. Insofern ist es schon spannend, dass wir die Diskussion, die wir dann führen sollten, eigentlich jetzt schon im Vorfeld führen. Sie können davon ausgehen, dass die BIM als Immobiliendienstleister immer sehr genau darauf achtet, inwieweit sich Verzögerungen auf den Vertragspartner und das Vertragsverhältnis auswirken. Insofern haben wir hier derzeit noch keine Sorgen. Die Vorlage erreicht Sie kurzfristig.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Gut, dann, denke ich, sind alle Punkte zu diesem Tagesordnungspunkt so weit besprochen, und wir können den Bericht zur Kenntnis nehmen.

Wirtschaft, Energie und Betriebe – 13

Vorsitzender Stephan Schmidt: Ich rufe auf

Punkt 61 der Tagesordnung

Bericht SenWiEnBe – IV D 11 (V) / IV C 11 – vom
11.03.2024

[0898 A](#)
Haupt

Ausschöpfung der EFRE-, ESF- und GRW-Mittel

gemäß Auflage B. 120 – Drucksache 19/1350 zum
Haushalt 2024/25

(in der 60. Sitzung am 10.04.2024 von der Konsensliste
genommen)

Gibt es zu diesem Bericht Wortmeldungen? – Herr Kollege Zillich, bitte!

Steffen Zillich (LINKE): Nur eine kleine Bitte um eine Zusatzinformation; gegebenenfalls schriftlich. Hier wird auf diverse Maßnahmen in und um Tierpark und Zoo verwiesen. Vielleicht können wir eine Auflistung bekommen, was das jeweils ist und wie hoch der Förderanteil ist.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Herr Dr. Bronson, bitte!

Dr. Hugh Bronson (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Das ist ein sehr interessanter Bericht mit sehr vielen Details. Ich möchte Bezug nehmen auf die Sitzung des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien am 22. Mai. Da haben wir auch über entsprechende Mittel aus der EU gesprochen. Es wurde angegeben, dass 829 Millionen Euro zur Verfügung ständen, EFRE und ESF zusammengenommen. Auf Nachfrage wurde dann eingeräumt, dass davon bis jetzt nur 60 Millionen Euro abgerufen worden seien. Nun endet die Förderperiode mit Ende 2027. Meine Frage ist, ob die Mittel unwiederbringlich verfallen, wenn sie nicht innerhalb des Förderzeitraums abgerufen werden; das ist die eine Frage.

Dann gab es ein Gespräch darüber, dass das Bundeswirtschaftsministerium und Robert Habeck Interesse an den Mitteln haben, die das EFRE zur Verfügung stellt, und womöglich auch einen Zugriff anstreben, um diese Mittel auf Bundesebene verteilen zu können. Vielleicht können Sie dazu Stellung nehmen. – Danke!

Vorsitzender Stephan Schmidt: Herr Kollege Walter, bitte!

Sebastian Walter (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich hätte eine Frage: Sie streifen in dem Bericht nur ganz kurz STEP und FAST CARE. Meine Frage wäre, ob Sie auch Anträge zu diesen Programmen stellen werden.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Herr Staatssekretär, bitte schön!

Staatssekretär Dr. Severin Fischer (SenWiEnBe): Vielen Dank! – Den Aspekt zu Tierpark und Zoo würden wir schriftlich beantworten. Das sind für uns sehr erfolgreiche Förderpro-

gramme im Bereich der touristischen GRW-Förderung. Da können wir gern eine Auflistung zuliefern.

Dann hat Herr Bronson nach der niedrigen Ausschöpfung bei EFRE und ESF gefragt. Das kann ich so nicht bestätigen, zumindest nicht mit den Jahreszahlen, die Sie jetzt genannt haben. Wir stehen ja jetzt am Beginn der neuen Förderperiode 2021 bis 2027. Da sind beim EFRE bisher 355 Millionen Euro bewilligt worden, im ESF sind es 99,6 Millionen. Das ist für den Start der Förderperiode eigentlich ein ganz gutes Ergebnis, und da sind wir auch zufrieden. Insofern bin ich mir nicht sicher, wo Sie die 60 Millionen Euro, auf die Sie verwiesen haben, herbekommen. Vielleicht können wir das aber gleich noch aufklären.

Ansonsten war noch die Frage, was der Bund da vorsieht. Mir ist nur bekannt, dass es Umschichtungen aus nicht abgerufenen GRW-Mitteln geben soll am Ende des Jahres. Das könnte so kommen, da hat der Bund angekündigt, dass er ein genaues Auge darauf legen will und einzelne besondere Projekte, beispielsweise die Werften in Niedersachsen, noch mal gesondert unterstützen möchte. Das ist alles noch nicht ganz in trockenen Tüchern. Bisher haben wir immer davon profitiert, wenn am Ende des Jahres andere Bundesländer nichts abgerufen haben; dann haben wir das genutzt. Diese Praxis hat sich in den letzten Jahren bewährt, und wir hoffen, dass es so weitergehen kann. Aber natürlich hat der Bund als Mittelgeber dabei auch ein Wörtchen mitzusprechen.

Zu den Beantragungen von STEP und FAST CARE würde ich gern an die Kollegin abgeben.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Würden Sie bitte zunächst für das Protokoll Ihren Namen nennen?

Juliane Anton (SenWiEnBe): Mein Name ist Juliane Anton, ich leite das Referat IV C in der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe, den Bereich Europäische Struktur fondsförderung. – Um noch mal auf die 60 Millionen Euro, an die Sie sich erinnern, zurückzukommen: Herr Dr. Fischer hat den Sachstand hinsichtlich der Bewilligungen genannt; die 60 Millionen sind dann tatsächlich geprüfte Ausgaben im EFRE, die wir schon gegenüber der Europäischen Kommission beantragt und von dort erstattet bekommen haben. Das ist aber für den Beginn der Förderperiode eine ganz normale Entwicklung, die Förderung muss ja erst anlaufen. Im Zeitablauf werden die Zahlen, die wir dann gegenüber der Kommission in Rechnung stellen, deutlich steigen.

Zum Thema STEP und FAST CARE: Die STEP-Verordnungen sehen wir im Moment nicht umsetzbar. Die Mittel im EFRE und im ESF für die neue Förderperiode sind ja momentan gebunden in Förderungen. Das läuft gerade an. Wir beobachten das, haben jetzt aber noch keine Möglichkeiten gesehen, in den Förderbereichen die STEP-Optionen zu nutzen. Das Thema FAST CARE nutzen wir insofern, als wir im ESF-Programm der alten Förderperiode 2014 bis 2020 eine kleine Option nutzen. Wir hatten absehbar erkennen müssen, dass wir die Mittel von REACT-EU nicht in vollem Umfang so wie ursprünglich geplant würden einsetzen können, und beabsichtigen jetzt zum Ende einen kleinen Teil im Rahmen von FAST CARE für die Unterbringung ukrainischer Flüchtlinge und die Basisversorgung der geflüchteten Menschen zu nutzen und dort abzurechnen.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Danke schön! – Bitte schön, Herr Dr. Bronson!

Dr. Hugh Bronson (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank auch für die Erläuterungen. Ich möchte zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll. – Danke schön!

Vorsitzender Stephan Schmidt: Dann nehmen wir das so auf. – Ansonsten kann der Bericht zur Kenntnis genommen werden.